

# DIMITRIS-TSATSOS-INSTITUT FÜR EUROPÄISCHE VERFASSUNGSWISSENSCHAFTEN

## **SELBSTBEGRENZUNG UND SELBSTBEHAUPTUNG**

### **Der Westen braucht eine neue Strategie**

Prof. Dr. Heinz Theisen  
LG Politikwissenschaften einschl.  
Sozialpolitik der Katholischen  
Hochschule Nordrhein-Westfalen, Köln

DTIEV-Online Nr. 2/2017

DTIEV-Online  
Hagener Online-Beiträge zu den  
Europäischen Verfassungswissenschaften

ISSN: 2192-4228

FernUniversität in Hagen  
Dimitris-Tsatsos-Institut für Europäische Verfassungswissenschaften  
58084 Hagen  
Tel.: 02331 987-2912  
e-mail: DTIEV@Fernuni-Hagen.de  
<http://www.fernuni-hagen.de/dtiev>

## **Selbstbegrenzung und Selbstbehauptung**

### **Der Westen braucht eine neue Strategie**

Heinz Theisen \*

#### **Einleitung: Chaos, Interdependenz und neue Weltordnung**

Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 und den gescheiterten Versuchen zum Aufbau einer von den USA geführten liberalen Weltordnung steht die Welt ohne erkennbare Ordnungsstrukturen da. Henry Kissinger sieht uns zwischen drohendem Chaos und einer noch nie dagewesenen Interdependenz lavieren.<sup>1</sup>

Die Staaten stehen nicht mehr nur anderen staatlichen Mächten, sondern einer Vielzahl von transnationalen Prozessen, global agierendem Kapital, asymmetrisch kämpfenden Terroristen, Schleppern, Drogen- und Menschenhändlern gegenüber, die sich der staatlichen Autorität zu entziehen trachten. Im 21. Jahrhundert ist nicht mehr die Stärke, sondern ihre Schwäche das Problem. Das entgrenzte Europa und in seiner Staatlichkeit durch die ungeklärten Grenzfragen geschwächte Europa ist davon besonders betroffen. Umso mehr wird eine Neuordnung der Staatenwelt gebraucht, um die Folgen transnationaler Prozesse einzudämmen und in neuen Strukturen auffangen zu können.

Während die Ungleichheit zwischen den Ländern durch die Globalisierung abgenommen hat, nimmt sie innerhalb der Gesellschaften zu. Die inneren Spaltungen in China und im Iran, in den USA und Europa sind oft schon größer als zwischen den Staaten, was den Paradigmenwandel vom Internationalismus zum neuen Nationalismus mit zu erklären hilft. Die von der Globalisierung benachteiligten Schichten fordern mehr nationalen Schutz vor dem Wettbewerb ein.

Der Westen hat sowohl durch neoliberale Globalisierung als auch durch neokonservativen Imperialismus und durch idealistischen Universalismus, dem Glauben an die weltweite Gül-

---

\* Der vorliegende Beitrag basiert auf einem am 26. Januar 2017 am Dimitris-Tsatsos-Institut für Europäische Verfassungswissenschaften gehaltenen Vortrag. Prof. Dr. Heinz Theisen ist Professor am LG Politikwissenschaften einschl. Sozialpolitik der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen in Köln.

<sup>1</sup> Henry Kissinger, Weltordnung, München 2014, S.10.

tigkeit unserer Werte und demokratischen Strukturen, erheblich zur heutigen Weltunordnung beigetragen. Diese denkbar große Koalition hat den Westen zunächst nach außen und zunehmend nach innen überdehnt, andere Kulturen und viele ihrer eigenen Bürger überfordert.

Dialektisch ist es leicht erklärbar, dass darüber Rufe nach neuen Begrenzungen aufkommen. Linke und rechte Globalisierungskritik, der grassierende kulturelle Identitätswahn im Orient und die Angst um die eigenen sozialen Interessen im Westen sind Folgen von Überdehnung und Entgrenzung. Die Versuche, die Ängste durch Ausgrenzung aus dem Diskurs zum Schweigen zu bringen, drohen in deren zunehmender Radikalisierung zu enden.

Mit Brexit und Trump ist diese Strategie gescheitert. Von der angelsächsischen Welt hatte die neuere Globalisierung maßgeblich ihren Ausgang genommen und von dort könnte sie auch ihr Ende nehmen. Statt multilateraler Freihandelsabkommen, ob innerhalb Europas oder der USA mit asiatischen Staaten, wollen Briten und die USA in Zukunft vornehmlich bilaterale Abkommen abschließen, die den jeweiligen Verhältnissen besser angepasst sein sollen, aber auch in Nullsummenspielen des nationalen Vorteilsdenkens enden könnten.

Mit Donald Trump geraten schon die politischen Kategorien in Unordnung. Er ist gegen Globalisierung, gegen das Establishment, gegen die Weltpolizistenrolle der USA, für den Schutz der Industriearbeiter und für ein gutes Verhältnis zu Russland. Diese Agenda unterscheidet sich von der der politischen Linken dadurch, dass der Internationalismus wegfällt. Und eben dieser Internationalismus hatte die Linke bis zur Bewegungsunfähigkeit in Widersprüche zwischen nationaler und internationaler Solidarität verstrickt. Der dezidierte Nationalismus Trumps entzieht sich diesem Solidaritätsdilemma.

Im Übergang von Obama zu Trump drohen Internationalismus und Universalismus in ihr Gegenextrem eines neuen Partikularismus umzuschlagen. Jenseits des letztlich utopischen Universalismus drohen regressive Nullsummenspiele als Gegenextrem, welches das Chaos vergrößern könnte, weil es die Interdependenzen nicht beachtet.

Statt um ein Entweder-Oder der Extreme sollten neue Gegenseitigkeiten zwischen Universalismus und Partikularismus, Internationalismus und Nationalismus, Offenheit und Selbstbehauptung, Entgrenzung und Abgrenzung gefunden werden. Solche Synthesen müssen nun auf

weltweiter Ebene das Niveau der Gegenseitigkeiten einer Sozialen Marktwirtschaft oder einer rechtsstaatlichen Demokratie erreichen.

## **I. Überdehnung und Entgrenzung des Westens**

Die Vorgeschichte des derzeitigen Paradigmenwandels liegt im zunächst politischen und oft auch ökonomischen Scheitern der vom Westen angeführten liberalen Weltordnung.

Nach dem Ende der bipolaren Weltordnung des Kalten Krieges beherrschten zwei große Thesen die politische Debatte, die vom „Ende der Geschichte“ (Francis Fukuyama) im Sinne einer unaufhaltsamen Ausdehnung der westlichen Demokratie und die vom „Kampf der Kulturen“ (Samuel P. Huntington) im Sinne eines gerade über die westliche Ausdehnung erwachsenden Zusammenpralls mit anderen Kulturen.

Huntington hatte dem Westen schon Mitte der neunziger Jahre geraten, sich nach außen stärker zu begrenzen und sich nach innen stärker zu behaupten.<sup>2</sup> Die Diskreditierung seiner Gedanken in der öffentlichen Debatte lieferte uns einen Vorgeschmack auf den missratenden Diskurs unserer Tage. Seine Warnungen vor einem Kulturkampf wurden von seinen Kritikern kurzerhand in einen Aufruf zum Kampf umgewandelt. Schon die von ihm gewählte kulturalistische Perspektive wurde in Bausch und Bogen verrissen.

Westliche Intellektuelle glaubten Nationen, Religionen und Kulturen ausreichend dekonstruiert zu haben. Bis heute wollen sie nicht wahrhaben, dass sich Clans, Ethnien und Religionen außerhalb des Westens nicht dekonstruieren lassen wollen und dass diese umgekehrt die oft zwangsimpортиerte Demokratie als Mittel für ihre vorrangigen ethnischen oder religiösen Ziele dekonstruieren.

Unglücklicherweise folgte die westliche Außenpolitik Fukuyama. Von den Interventionen in Afghanistan, im Irak und in Libyen, der indirekten Einmischung in Syrien bis zu Lockangeboten an die Ukraine hatte der Westen andere Kulturen und Hemisphären destabilisiert, sich heillos in unlösbare Konflikte verstrickt, Flüchtlingsströme zu sich gelenkt, die vormalige

---

<sup>2</sup> Samuel P. Huntington, Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München, Wien, 4. Auflage 1997.

Sicherheitspartnerschaft mit Russland ruiniert und den Kampf der Islamisten gegen den Westen angefeuert.

Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union und der NATO wurde von der Überzeugung getragen, dass alle Völker und Kulturen Europas und selbst Europas Nachbarn sich nach westlichen Werten und Strukturen organisieren sollten. Mit ihrer Nachbarschaftspolitik wollte die Europäische Union nicht weniger als von der Ukraine bis Marokko Demokratie und Zivilgesellschaft fördern und diese Länder an sich „heranführen“.

### **Überdehnung des Westens**

Die Überdehnung setzte im Erweiterungsprozess der Europäischen Union schon mit dem orthodox geprägten Griechenland ein, dessen voraufklärerische Clanstruktur mit dem universalistischen Gesellschaftsverständnis des Westens inkompatibel ist. Korruption ist in einer Clankultur systemrelevant, als Form der Nächstenhilfe sogar moralisch geboten. Je mehr Geld hineinkommt, desto mehr wächst die Korruption. Die Europäische Union wurde in ihren Erweiterungsprozessen nach Südosteuropa zugleich größer und schwächer.

In der Ukraine prallte der westliche Universalismus mit dem russischen Kulturalismus zusammen. Angesichts der fast ein Jahrtausend währenden Trennung zwischen der orthodoxen und der westlichen Welt hätte die bi-kulturelle Ukraine, die in ihrem Westen westlich und im Osten russisch geprägt ist, eine Brücke zwischen Europa und Russland bilden können. Diese fragile Brücke wurde mit Versprechungen auf eine NATO-Mitgliedschaft und mit dem Assoziationsvertrag zur EU auf die westliche Seite gezogen und damit zum Einsturz gebracht.

Jede Form von Universalismus treibt auf der jeweils anderen Seite Abwehrreaktionen hervor: der westliche Universalismus, die Islamisierung bis hin zur regressiven Rückkehr zum Urislam, den russischen Kulturalismus und chinesischen Nationalismus. Umgekehrt treibt die Islamisierung in Europa abendländische und nationale Abwehrreaktionen hervor.

In diesem Kampf der universalistischen Kulturen wird alles noch schlimmer, wenn Kulturen gemäß dem „Teile und Herrsche“ für Mächte- und Interessenkonflikte instrumentalisiert werden. Oder wenn sich der universalistische Absolutheitsanspruch zunächst nach innen gegen

Abweichler und „Verräter“ richtet, wie im Kampf der Islamisten gegen gemäßigte Muslime, Schiiten und Christen.

### **Entgrenzung der Europäischen Union**

Als Folge der westlichen Überdehnungen ist die Europäische Union heute von einem „Ring of Fire“ umgeben. Dieser rückt immer näher, ohne dass schützende Grenzen bereit stehen.

Zum Universalismus nach außen gehört im Umkehrschluss der Kulturrelativismus nach innen, der alle Kulturen glaubt in die liberale Ordnung integrieren zu können, selbst den totalitären Islamismus. An dieser Stelle droht sich eine ideologisierte Offenheit in ähnlicher Weise zu gefährden wie es die Weimarer Republik gegenüber totalitären politischen Bewegungen getan hat.

Die Reiserouten der islamistischen Terroristen, die nach Belieben zwischen Syrien, Belgien und Paris, zwischen Berlin, Amsterdam und Mailand pendeln, werfen dunkle Schatten auf das Schengen-System, in dem nicht einmal der Informationsaustausch funktioniert. Zwischen den Nicht-Mehr-Kompetenzen der Nationalstaaten und den Noch-Nicht-Kompetenzen der EU ist ein schwarzes Loch entstanden, in dem sich Terroristen, Schlepper und Betrüger verbergen.

Deutschland steht durch seine Flüchtlingspolitik im Mittelpunkt der Entgrenzungskrise. Die Offenheit von Grenzen wurde hier zu einem moralischen Postulat hochstilisiert, welches weder auf deutsches noch auf europäisches Recht Rücksicht nahm. Über die postulierten „europäischen Werte“ wurde die europäische Rechtsgemeinschaft aufgelöst, der Brexit befeuert und die Union an den Rand der Spaltung getrieben.

## **II. Von der Überdehnung zum Nullsummenspiel?**

Das Scheitern des Westens jenseits seiner Grenzen spricht nicht gegen westliche Werte, aber gegen unsere Fähigkeit, diese Werte zu universalisieren. Sein Universalismus hat den Westen in die Gegnerschaft zu den vielen Mächten getrieben, die seinen Werten nicht gerecht werden. Weite Teile der Welt sind längst der amerikanischen Einflussphäre entglitten.

Abstiege einer Weltmacht sind in der Geschichte oft in Abstürze übergegangen. Es wäre viel erreicht, wenn der relative Niedergang des Westens in einer multipolaren Ordnung aufgehoben werden könnte. Barack Obamas Wahl aus dem politischen Nichts heraus ist erklärbar als Gegenthese zur neoimperialen Überdehnung des „weißen Mannes“. Er war einer der wenigen Senatoren, die gegen den Einmarsch in den Irak gestimmt hatten. Zum Helden des Rückzugs ist er nicht geworden.

Seine Versuche, das interkulturelle Narrativ mit dem liberalen Universalismus des Westens zu verbinden, wäre die Quadratur des Kreises gewesen. Sie führten ihn zwischen alle Stühle, in Syrien kämpfen amerikanische Piloten gegen den Islamischen Staat, aber nicht für Assad, neben, aber nicht mit Russland und auch nicht mit dem NATO-Partner Türkei, sondern zugunsten ominöser „demokratischer Rebellen“, die zahlenmäßig kaum eine Rolle zu spielen scheinen.

Mit der Dämonisierung der säkularen Diktatur Baschar al-Assads entlang der normativen Alternative „Demokratie oder Diktatur“ wurden erneut westliche Kategorien in den Nahen Osten getragen, in dem in Wirklichkeit die Konfessions- und Machtkriege zwischen Sunniten und Schiiten oder auch zwischen Stämmen und Ethnien ausschlaggebend sind. Die zwangs-säkularisierten Staaten konnten nur unter Diktaturen zusammen gehalten werden. Schon durch Versuche zu ihrer Demokratisierung zerfallen sie entlang ihrer partikularen kulturellen Identitäten.

Westliche Waffen für die „demokratischen Rebellen“ fielen oft in die Hände von ISIS oder anderen Islamistengruppen und müssen heute mit den an die Kurden gelieferten deutschen Waffen bekämpft werden. Die west-östlichen Verstrickungen bringen das Gegenteil von Ordnung, nämlich blanke Absurdität hervor.

Die von England und Frankreich im Gefolge des Ersten Weltkrieges der Levante aufoktrozierten Nationalstaaten waren westliche Konstrukte, die Ethnien und Konfessionen teilten. Sie halfen, das Kalifat des Osmanischen Reiches, welches weltliche und religiöse Herrschaft vereinte, zu zerstören. Erdogan scheint es heute wieder errichten zu wollen. Das Rad der Geschichte lässt sich zurückdrehen, wenn es zu heftig in die andere Richtung gedreht worden ist.

Im kurzen arabischen Frühling hatte Barack Obama den Verbündeten Mubarak sofort fallen gelassen, weil er den Zug zur Demokratisierung nicht verpassen wollte. Damit kündigte er eine drei Jahrzehnte währende Beziehung der USA mit ihrem treuesten Verbündeten in der arabischen Welt auf, womit Vertrauen verspielt und zugleich dem totalitären Islamismus der Boden bereitet wurde.

Zur Tragik der Weltpolizistenrolle gehört auch, dass ein vorzeitiger Rückzug den Schaden noch weiter vergrößert: Dies war bei Amerikas Rückzug aus Europa nach dem Ersten Weltkrieg der Fall und wiederholt sich heute im Nahen Osten. Jetzt müssen die USA zusehen, wie das Machtvakuum von Russland und auch vom Iran gefüllt wird.

Mit dem westlichen Universalismus ist auch der Multilateralismus gescheitert. Im Sicherheitsrat der UNO genügt ein Veto Russlands oder Chinas, um der UN die Handlungsfähigkeit zu rauben. Eine neue Weltordnung kann nicht gegen Russland und China, sondern nur mit ihnen, also im multipolaren Kontext entstehen.

Trotz aller ökonomischer Interdependenzen (Stichwort: „Chimerika“) verschlechtern sich die politischen Beziehungen zwischen den USA und China fortwährend, weil die USA auch China keine Einflussphäre zugestehen, sondern es schon seit Obamas Hinwendung zu Asien eindämmen wollten.

Trump will die Weltpolizistenrolle beenden, das Verhältnis zu Russland verbessern und mehr Gegenseitigkeiten im Handel mit China erzwingen. In der Tat kann man China vorwerfen, mit seiner staatlich gelenkten Wirtschaft den freien Wettbewerb zu unterlaufen, etwa durch Manipulation des Wechselkurses ihrer Währung und sich generell die Rosinen aus der Globalisierung zu picken. Die Forderung nach mehr ökonomischer Gegenseitigkeit ist verständlich, dass Trump mit der Einladung der taiwanesischen Delegation zu seiner Amtseinführung politisches Öl in die ökonomische Rivalität schüttet, ist irrational.

Donald Trump setzt andere Prioritäten als die einer liberalen Weltordnung. Die USA würden – so verkündete er in seiner Antrittsbotschaft – nicht mehr versuchen, andere Staaten ihre Lebensweise aufzudrängen, sondern künftig ein Beispiel setzen, dem andere nacheifern können. In der Wirtschaft gebe ab sofort nur noch ein Gesetz: „Kaufe amerikanisch, stelle Ame-

rikaner ein.“ Seine Losung „Amerika zuerst“ soll ebenso für die Außenpolitik wie für den Außenhandel gelten. Alte und neue Allianzen werden dem nationalen Interesse unterworfen.

Trump feiert den Rückzug der USA als Befreiung von moralischen Sonderlasten. Er will die USA nicht mehr als exzeptionelle Macht, sondern als eine Macht, die wie andere Völker nach dem eigenen Vorteil sucht. Mit Universalismus und Multilateralismus endet das amerikanische Jahrhundert, genau 100 Jahre nach dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg.<sup>3</sup>

Trumps Pläne erinnern zunächst an isolationistische Traditionen der amerikanischen Außenpolitik, die nach dem Präsidenten Andrew Jackson (1829 bis 1837) als Jacksonismus bezeichnet werden, eine andere Spielart des Glaubens an die eigene Auserwähltheit. Demnach sollen sich die USA weder aus kommerziellen Interessen noch zur Verbreiterung der Demokratie in Angelegenheiten anderer Länder einmischen.

Sie sind aber nicht isolationistisch, sondern nationalistisch. Ein neuer Isolationismus wäre auch nicht möglich. Bei Digitalisierung und Big Data sind die USA führend, Wall Street ist immer noch der Nabel der Finanzwelt, die USA werden als Fundament einer in ihrem Sinne veränderten NATO unverzichtbar sein.

Trumps Außenpolitik führt weg vom Multilateralismus zu bilateralen Deals und Einzelkontrakten. Mit seinem Wohlwollen dürfen höchstens treue Vasallenstaaten wie Großbritannien, Kanada oder Israel rechnen. Wenn wir von einer konfliktreichen Trump-Welt zu einer multipolaren Weltordnung gelangen wollen, müsste der Westen Russland und China Sphären des privilegierten Einflusses zugestehen, frei nach dem Motto: „Jedem sein Mittelamerika“. Welche Gefahren drohen, wenn dies nicht geschieht, zeigte die Kubakrise. Trumps Kritik an der NATO, dass sie sich zu wenig um Terrorismus und Islamismus gekümmert habe, ist berechtigt. Die NATO hat stattdessen als größte Sicherheitsbedrohung Russland gewählt, welches als Sicherheitspartner gegen den Islamismus gebraucht würde. Beunruhigend ist, dass Trump NATO und EU nicht als Wertegemeinschaften wahrnimmt, sondern nach kaufmännischen Kriterien. Nach der Überdehnung des Westens droht damit gewissermaßen dessen Unterdehnung, weil Trump kein Spannungsfeld zwischen westlichen und anderen Werten einzuräumen gewillt scheint.

---

<sup>3</sup> Adam Tooze, Abschied von den USA. Wie Amerikas Anspruch auf globale Herrschaft entstand – und warum er mit Donald Trump zu Ende geht, in: Die Zeit v. 12.1.2017.

Mit Trump geht nicht nur der demokratische Universalismus, sondern auch der neoliberale Globalismus zu Ende. Die Freihandelspolitik hat auch in der westlichen Welt viele reicher gemacht, oft aber den versprochenen Trickle-down Effekt nicht eingelöst.

Sein Wahlerfolg erklärt sich nicht zuletzt daraus, dass heute weniger als elf Prozent der berufstätigen Amerikaner in der Industrie beschäftigt sind, zwischen 1992 und 2007 die chinesischen Exporte in die USA um das Zwölfwache zugenommen haben und chinesische Güter in amerikanischen Supermarktketten bis zu 90 Prozent der Regale füllen. Damit wurden einfache Jobs im großen Maßstab vernichtet. Die Global Player im Management und Finanzwesen wurden reicher. Ihr demonstrativer Internationalismus wurde zunehmend als Klassenkampf von oben empfunden.

Zwar ist der Freihandel für die USA nicht so bedeutsam wie für andere Exportnationen, da sie Produkte vor allem im eigenen Land absetzen und sich wegen der Größe des US-Marktes und der Dominanz des Dollars im internationalen Zahlungsverkehr alle Akteure gut überlegen werden, ob sie mit den USA Handelskonflikte riskieren.

Aber es geht im Welthandel längst nicht mehr nur um die Bilanz der Ein- und Ausfuhren. Viele Güter sind oft schon Ergebnisse von Wertschöpfungsketten. Ein in Mexiko hergestelltes Auto verarbeitet auch Teile, die zuvor in den USA hergestellt wurden. Diese Interdependenz darf nicht zerschlagen, sie muss gestaltet werden.

### **III. Selbstbegrenzung und Selbstbehauptung in einer multipolaren Weltordnung**

Eine Ordnung beruht traditionell auf Hegemonie oder Gleichgewicht. Da die Hegemonie einer Macht nicht möglich ist, müssen wir in einer neuen Weltordnung uns um ein möglichst tragfähiges Gleichgewicht bemühen.

## **Koexistenz der Kulturen und Mächte**

Dieses erfordert eine multipolare Ordnung. Dafür muss der Westen nach zweihundertjähriger Dominanz seine Selbstbegrenzung einleiten, ohne seine Selbstbehauptung preiszugeben. Ein multipolares Gleichgewicht wird nicht statisch sein können, sondern kulturelle, politische und ökonomische Unterschiede zur gegenseitigen Ergänzung nutzen können.

Die wichtigste Voraussetzung für eine multipolare Ordnung wird der Übergang vom Universalismus zur Koexistenz der verschiedenen politischen Strukturen und Kulturen sein.

Der chinesische Politikwissenschaftler Xuewu Gu hat die These aufgestellt, dass es bei den Antithesen

- Primat des Individuums oder Primat des Kollektivs,
- mehr Menschenrechte für eine freie Gesellschaft oder mehr Menschenpflichten für eine stabile Staatsordnung,

um einen Paradigmenstreit darüber geht, was der Mensch ist und sein sollte, eine Frage, die kaum absolut und damit universell zu klären sein dürfte.<sup>4</sup>

Beim Kampf zwischen Säkularismus und Integritismus geht es sogar um unterschiedliche Gottesbilder. Sie sind weder durch die Universalisierung eines Standpunktes noch durch interreligiöse Dialoge aufhebbar, sondern nur durch Privatisierung des eigenen Glaubens in säkularen Strukturen.

## **Grenzen und Gegenseitigkeiten**

Die wichtigste Grenze ist die Grenze des Möglichen. Angesichts der unübersteigbaren Hürden einer universalen Weltordnung müssen Kulturen etwaige Universalitätsansprüche zurücknehmen. Je schneller, desto besser können sie ihren angemessenen Platz in einer neuen multipolaren Ordnung einnehmen.

Auch angesichts wirtschaftlicher und technischer Verflechtungen werden politische Grenzen als Grundlage für eine steuernde Politik gebraucht. Anderenfalls droht aus den Konflikten

---

<sup>4</sup> Xuewu Gu, Die große Mauer in den Köpfen. China, der Westen und die Suche nach Verständigung, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2014, S. 120 f.

einer Weltregion – wie heute dem zerfallenden Nahen Osten – ein Problem aller Nachbarregionen zu werden.

Wie zwischen den Mächten im Kalten Krieg oder heute zwischen Israel und den Palästinensern sind Grenzen oft die letzte Möglichkeit, den Frieden durch Trennung des Inkompatiblen zu erzwingen. Auch im Streit zwischen der West- und Ostukraine winkt keine andere Befriedung als die geordnete Scheidung. Die Spaltung des Nahen Ostens zwischen Schiiten und Sunniten wird ähnlicher Grenzen und Mauern bedürfen wie diejenigen des Ost-West-Konfliktes zwischen inkompatiblen politischen Systemen.

### **Leitstruktur statt Leitkultur**

Der Beitrag der Bürger liegt in der alltäglichen Behauptung unserer Werte. Anders als Alice Schwarzer haben viele nicht bemerkt, dass emanzipatorische Werte mit der bedingungslosen Toleranz gegenüber patriarchalischen Kulturen verraten werden. Wer zugleich für die Gleichwertigkeit der Geschlechter und für die Gleichwertigkeit von Kulturen ist, die eben diese Gleichwertigkeit bekämpfen, verheddert sich in den Widersprüchen des Interkulturalismus.

Der interkulturelle Staatsbürger führt im Falle der gleichzeitigen Zugehörigkeit zu einer säkularen und einer integristischen Kultur zu unauflösbaren Loyalitätskonflikten zwischen staatlichem Gesetz und Gottesgesetz. Damit steht nicht weniger als die Trennung dieser Sphären in der säkularen Gesellschaft auf dem Spiel. Die Realität ist nicht interkulturell, aber multikulturell. Die multikulturelle Gesellschaft ist die innere Entsprechung zur multipolaren Welt. Die Integration fremdkultureller Zuwanderer wird in der Regel weder auf interkulturellem noch auf leitkulturellem Wege gelingen.

Der multikulturellen Vielfalt der Gesellschaft steht die Einheit des Rechts gegenüber. Je liberaler wir hinsichtlich kultureller Unterschiede in der Gesellschaft sind, desto wichtiger wird die politische Integration in die Leitstrukturen der staatlichen Ordnung. Dazu zählen neben dem Gesetzesgehorsam der Respekt vor staatlichen Institutionen, Schulen und Gerichten, unabhängig davon, ob man deren Inhalte, Werte oder Urteile teilt.

## Minimalkonsens der Kulturen

Der Kampf des dschihadistischen Islams ist nicht nur gegen die „Freiheit des Westens“, sondern gegen die ausdifferenzierte Zivilisation überhaupt gerichtet. Im Umkehrschluss erwächst ein zivilisatorischer Minimalkonsens aus der Abwehr des neuen Totalitarismus. Die Bekämpfung des Islamismus könnte als Minimalkonsens zwischen allen säkularen Mächten dienen.

Trump will den Islamismus ausradieren, den sein Vorgänger nicht einmal wahrnehmen wollte, weil er nicht in sein interkulturelles Weltbild passte. Angesichts der neuen totalitären Herausforderung kann sich der Westen die Ausgrenzung autoritärer Regime wie insbesondere Russlands nicht länger leisten.<sup>5</sup> Auch die säkulare Militärherrschaft in Ägypten, die Monarchie in Jordanien und das autoritäre China stünden uns näher als demokratisch gewählte Muslimbrüder.

Nach zahllosen Kränkungen folgte durch Putin die Revision der Machtverteilung mit dem Ziel, wieder als Weltmacht gefürchtet, wenigstens respektiert zu werden. „Neue Ordnung oder keine Ordnung“ – so lautet Putins Programm. In einem Bündnis mit Russland wäre zwar keine Wertegemeinschaft, aber eine Sicherheitspartnerschaft möglich. In ihr ginge es nicht mehr um „die Beziehungen“, sondern um eine spezifische Funktion.

Auch die wirtschaftlichen Rivalitäten relativieren sich über eine neue, allen gemeinsame Herausforderung. Nicht nur die Konkurrenz, sondern die Digitalisierung scheint zum größten Jobkiller in mittelständischen Dienstleistungsbereichen zu werden. Die Transformation des technischen Fortschritts in neue Arbeitsplätze wird auch in diesem Fall eine Kombination von Erfinder- und Unternehmergeist fordern. Dies wiederum erfordert jenes autonome Subjekt, welches in den infantilisierten Bildungswelten, in denen gelernt und nachgeahmt, aber wenig nachgedacht wird, sträflich vernachlässigt wird.

Ein individualistisches Freiheitsverständnis, welches nicht primär Völker und Kulturen, sondern den Individuen Freiräume erobern will, könnte die Welt von zahllosen völkischen Konflikten befreien und Grundlagen für eine Weltzivilisation legen, in der nicht Zugehörigkeit und Herkunft, sondern Leistung und Zukunftsfähigkeit entscheidend sind.

---

<sup>5</sup> Vgl. Heinz Theisen, Nach der Überdehnung. Die Grenzen des Westens und die Koexistenz der Kulturen, Berlin 2014, 3. Auflage.

## **Die Selbstbehauptung Europas**

Die EU wird durch Trump gezwungen, ihre eigene Rolle zu finden. Unter der Prämisse der notwendigen Stabilisierung der Weltordnung ergäben sich daraus neue konsensfähigere und populärere Aufgabenbeschreibungen als bisher.

Wer ein staatsähnliches Gebilde anstrebt, kann sich nicht vor der Hauptaufgabe jeder Staatlichkeit drücken: den physischen Schutz der Bürger. Diese wollen nicht am Hindukusch, sondern an eigenen Grenzen und im eigenen Land verteidigt werden. Die Ernsthaftigkeit dieses Anliegens würde die EU zugleich von ihren albernen Erziehungsattitüden bei Raucherschutz und Glühbirnen entlasten.

Aus der neuen Priorität ließen sich die ansonsten unbeantwortbaren Fragen nach der richtigen Größe und nach den notwendigen Grenzen der Europäischen Union beantworten. Die angemessene Größe der EU ergäbe sich auch aus der Beitragsfähigkeit der Beitrittskandidaten zur Sicherheit Europas. Die lange als Beweis für Interkulturalität angeführte Türkei beweist heute das Gegenteil. Mit ihrer Islamisierung, d.h. der zunehmenden Aufhebung der Trennung der geistlichen und weltlichen Macht, endet ihre Annäherung an Europa.

Jenseits aller moralischen Imperative wären aus dem Stabilitäts- und Sicherheitsimperativ Kriterien für die Aufnahme von Migranten und Flüchtenden ableitbar. Diese wäre nur in dem Maße verantwortbar, wie sie von Polizei- und Geheimdiensten kontrollierbar bleibt.

Demnach läge

- die erste Schwelle in der Umwandlung von Migrations- in Bleibeanreizen in der Heimat,
- die zweite Schwelle in der Differenzierung zwischen Migranten und Flüchtlingen in Aufnahmezentren,
- die dritte Schwelle in einer konsequenten Rückführung illegaler und straffällig gewordener Flüchtlinge,
- die vierte Schwelle in einer besseren physischen Sicherung der EU-Außengrenzen,
- die fünfte Schwelle in der Flüchtlingshilfe für die Lager in der Türkei, im Libanon und Jordanien.

Die Ultima Ratio und letzte Schwelle wäre die militärische Sicherung. In Australien wurde die Grenzsicherung der Marine übertragen, woraufhin die Zahl der Schleuserboote von 2013 bis 2014 drastisch zurückging.

Innere Grenzen zwischen Funktionssystemen sind zur Verhinderung einer ökonomischen Kolonialisierung der Lebenswelt oft noch wichtiger als zwischen den Staaten. Gesetze für den Binnenmarkt sollten daher keine Aufhebung von sozialen oder kulturellen Grenzen bedeuten. Der Binnenmarkt kann für alle, die Währungsunion und eine Politische Union nur für wenige gelten, eine Sozialunion darf es nicht geben, solange wirtschaftliche Voraussetzungen zu unterschiedlich sind. Wichtigste gesamteuropäische Aufgabe wäre eine gemeinsame Selbstbehauptung nach außen.

#### **IV. Von Gegensätzen zu Gegenseitigkeiten**

Eine multipolare Staatenwelt und eine multikulturelle Gesellschaft können nur zu tragfähigen Ordnungen finden, wenn zuvor alte und falsche Gegensätze zu neuen Synthesen aufgehoben worden sind. Hinsichtlich der globalen Kontexte müsste der falsche Gegensatz zwischen Internationalismus und Nationalismus und in den gesellschaftlichen Diskursen die Gegensätze von liberal und konservativ, von links und rechts aufgehoben werden.

#### **Sowohl internationales als auch nationales Handeln**

Der Abschied der Europäer vom Nationalstaat und seinen Grenzen kam verfrüht. Es sind nicht zuletzt seine Erfolge, welche Migranten anziehen. Es hat keine Notwendigkeit zu einer überstürzten Schwächung des Nationalstaates gegeben, dem wir Entwicklungen zur Demokratie, Gleichberechtigung und sozialen Sicherheit verdanken.<sup>6</sup> Nationen – so Paul Collier – sind legitime moralische Einheiten, die gerade ihren ärmeren Bürgern Rechte verleihen, deren Interessen vom „globalen Nutzen“ oft unberührt bleiben.<sup>7</sup>

Auch der Primat der Politik über die Ökonomie setzt einen handlungsfähigen Nationalstaat voraus. Es hätte der Dialektik der Globalisierung entsprochen, wenn dem globalen wirtschaft-

---

<sup>6</sup> Michael Lind, Wider den Kosmopolitismus, in: NovoArgumente Juli 2015.

<sup>7</sup> Paul Collier, Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, 2014 S. 31 f.

lichen Wettbewerb schützende politische Grenzen gegenübergestellt geblieben wären. Staat kommt von „Status“, er steht synonym für Stabilität, für das, was sich nicht verändern soll.

Der Staat sollte das Standbein sein, welches das Spielbein grenzüberschreitender Kräfte ausgleicht. Wenn es noch rechtzeitig gelingen sollte, den nationalen Aufgaben im Sinne der vorgegeben Ordnungsnotwendigkeiten ihre angemessene Rolle einzuräumen, könnte dem neuen nationalistischen Geraune über nationale Identität, über Mythen und gemeinsame Herkunft den Boden entziehen.

Eine Nation ist eine Nation, weil sie eine sein will und dieser Wille ergibt sich nüchtern aus den Notwendigkeiten der Problembewältigung. Ein Musterbeispiel für eine solche Willensnation über alle inneren national-kulturellen Identitäten hinweg ist die Schweiz, die ihre jahrhundertelange Selbstbehauptung nicht zuletzt ihrer klugen Selbstbegrenzung auf ihre Eigeninteressen verdankt.

Ohne starke Nationalstaaten wird es keine erfolgreiche inter- oder supranationale Arbeit geben. Ohne die Dominanz Deutschlands wäre die EU nicht existenz- und handlungsfähig. Umgekehrt brauchen viele europäische Nationalstaaten aufgrund mangelnder Größe eine inter- und supranationale Agentur. Internationale Organisationen bedürfen starker Nationalstaaten und diese starker internationaler Organisationen. Nationalstaaten und EU müssten sich gegenseitig ergänzen statt sich wechselseitig aufeinander zu verlassen.

Der Gegensatz von Internationalismus und Nationalismus könnte durch eine klügere Aufgabenverteilung aufgehoben werden. Der libanesisch-deutsche Regisseur Imad Karim wundert sich, warum die Deutschen internationale Probleme national lösen wollen.

*„Warum ermutigt man Menschen, dass sie aus ihren Heimatländern fliehen und somit enturzelt in Deutschland ankommen? Warum hilft man den Menschen vor Ort nicht oder hat ihnen nicht rechtzeitig geholfen? ... Wo waren die Humanisten unter uns, als das UN-Welter-nährungsprogramm die Gelder für die syrischen Flüchtlinge in den bereits existierenden Unterkünften kürzte? Ein Bruchteil des Geldes, das heute für die Angekommenen ausgegeben wird, hätte gereicht“.*<sup>8</sup>

---

<sup>8</sup> Imad Karim, Jedes Unrecht beginnt mit einer Lüge, in: Cicero Newsletter v. 17.1.17.

## **Sowohl Links als auch Rechts**

Die Kritik an der wirtschaftlichen Globalisierung gilt als „links“, die an der mangelnden Selbstbehauptung westlicher Werte als „rechts“. Umgekehrt gelten islamische Bewegungen, nicht als „rechts“, obwohl sie mehrheitlich autoritär und vergangenheitsorientiert sind und sich gegen individuelle Freiheiten und gegen die Gleichheit der Geschlechter aussprechen. Solch ein Begriffsgebrauch hilft nicht mehr zu begreifen.

Die eingangs skizzierte Spannung zwischen Chaos und Interdependenz hat längst die Köpfe so sehr verwirrt und überfordert, dass die herkömmlichen politischen Kategorien und Begriffe nicht mehr zu begreifen helfen. Diese Verwirrung hat sicher in hohem Maße zur nachideologischen Moralisierung der Politik beigetragen, die die Welt statt nach „richtig und falsch“ nur nach „Gut und Böse“ unterscheidet. Je globaler unsere Probleme werden, desto mehr widmen sich viele den überschaubaren Problemen, etwa der Geschlechterverhältnisse. Die daraus resultierende Entgegensetzung zwischen guten Demokraten und bösen Populisten ist schon sprachlich absurd. Ob wir auf griechisch von „Demos“ oder auf Latein von „Populus“ sprechen, gemeint ist in beiden Fällen das Volk. Der Vorwurf, dass Ängste geschürt werden, übersieht die Bedeutung von Ängsten in der Evolution. Differenzierte politische Fragen lauten dagegen, welche Ängste sind berechtigt und welche vorrangig und welche übertrieben oder falsch.

Die falschen Gegensätze verhindern das notwendige Neue. Seit den Anschlägen von Paris und Berlin werden Gesetzesverschärfungen durchgesetzt, die vor den Anschlägen als „rechts“ aus der Debatte verbannt worden waren, deren rechtzeitige Einführung Tote verhindert hätten. Solange aber auch nachträgliche Lernerträge nicht eingestanden werden, kommen wir trotz neuer Maßnahmen einer neuen Strategie nicht näher.

Die spezifische Aufgabe von Liberalen wäre es gewesen, den Diskurs rechtzeitig für Einsichten in die Bedeutung jeweiliger Perspektiven offenzuhalten. Sie hätten sich als erste dagegen verwahren müssen, dass die Verteidigung der europäischen Werte als „rechts“ aus der Debatte abgedrängt wird, weil es sich um eine liberale Kultur der Freiheit handelt. Es kann auch nicht „rechts“ sein, eine soziale Kultur der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung gegen Missbrauch des Sozialstaates und der Toleranz zu verteidigen.

An der Bewahrung der sozial-liberalen Ordnung des Westens sollte sowohl die alte Linke als auch die neue Rechte Interesse haben. Wer die freiheitliche Ordnung bewahren will, ist sowohl „liberal“ als auch „konservativ“, wer die soziale Ordnung Europas bewahren will, ist sowohl „links“ als auch „rechts“. Nur aus offenen Diskursen heraus kann die Entwicklung von alten Gegensätzen zu neuen Gegenseitigkeiten gelingen.<sup>9</sup>

---

<sup>9</sup> Zu weiteren Ausführungen vgl. Heinz Theisen, *Der Westen in der neuen Weltordnung*, Stuttgart, erscheint im Frühjahr 2017.